

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München



München, 10. Juli 2024

**Änderungsantrag zu TOP 15 im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung am 10.07.2024,
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 12926**

2. Stammstrecke – Station Ostbahnhof

Punkt 1 geändert:	Dem Vortrag des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, wozu nach eine Finanzierung des Zugangsbauwerks unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in Betracht kommt, wird nicht zugestimmt. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird gebeten, die DB InfraGO AG vor Ablauf der gesetzten Frist über den neuen Sachstand zu informieren.
Punkt 2 neu	Die DB InfraGo AG wird beauftragt, das zusätzliche barrierefreie Zugangsbauwerk in die Planungen der Station Ostbahnhof aufzunehmen. Die Planungskosten werden aus der Nahmobilitäts-pauschale finanziert.
Punkt 3 neu	Die Realisierung erfolgt frühestens ab dem Jahr 2034, die dann anfallenden Kosten werden in den Mehrjahresinvestitionsplan aufgenommen.
Punkt 4 neu	Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weiterhin auf eine Mitfinanzierung durch die DB InfraGO AG und/oder den Freistaat hinzuwirken.
Punkt 5 – 8 neu	Wie Punkt 2 – 5 im Antrag der Referentin

Begründung:

Es wäre ein echter Schildbürgerstreich der Politik, wenn an einer nagelneuen S-Bahn-Station sehenden Auges eine Situation geschaffen würde, die den Anforderungen nicht gewachsen sein wird. Schließlich werden im Werksviertel zahlreiche weitere Nutzungen entstehen, u.a. auch der neue Kon-

Stadtratsfraktion
Die Linke / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München

zertsaal des Freistaats. UN-Behindertenkonvention verlangt, dass die neue Station barrierefrei erreichbar ist, ohne dass zuerst die Friedenstraße gequert werden muss. Diese ist bereits jetzt häufig belastet durch wachsenden Autoverkehr und querenden Fußverkehr.

Es ist höchst bedauerlich, dass sich Freistaat und Bahn bei dieser wichtigen Nahmobilitätsmaßnahme derart abspatzen. Da wir diesen Zugang allerdings für erforderlich halten, sollten die Stadt die weiteren Planungen beauftragen und eine Mitfinanzierung zumindest durch den Freistaat weiter einfordern. Alles andere wird nach Inbetriebnahme als weiteres „Versagen der Politik“ gewertet werden.

Initiative:
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechne